



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der Energiewirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

– Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, damit die Energiewirtschaft die Einsparung des Energie- und Stromverbrauchs vorantreibt;
2. darauf zu achten, dass die Effizienz des Einsatzes von endlichen Energieresourcen erhöht wird. Dem Bau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ist daher Vorrang vor reinen Stromkraftwerken einzuräumen;
3. dafür zu sorgen, dass die Energiewirtschaft stärker als bisher erneuerbare Ressourcen dezentral nutzt, und
4. ihre zukünftige nachhaltige Energiestrategie an den genannten Prinzipien auszurichten und dem Landtag zu berichten.

Begründung:

In den nächsten 20 bis 30 Jahren werden im deutschen Kraftwerkspark etwa 80.000 MW vom Netz gehen, wovon voraussichtlich etwa 40.000 MW erneuert werden müssen.

Im Interesse der Versorgungssicherheit, des Schutzes der Umwelt und von kalkulierbaren Endverbraucherpreisen bedeutet dies für den Ersatz von Kraftwerken im Einzelnen:

- zu 1.: Es müssen alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten genutzt werden, damit die Energiewirtschaft die Einsparung vor allem des Stromverbrauchs vorantreibt, denn Stromeinsparung ist die wichtigste Energiequelle. Gleichzeitig sind Modelle der Stromeinsparung für Wirtschaft und Verwaltung zu erarbeiten, um dadurch und durch effiziente Nutzung von Ressourcen den Klimawandel abzumildern.

- zu 2.: Die Effizienz des Einsatzes endlicher Energieressourcen wird durch den Bau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen entscheidend erhöht. In KWK ist durch die Nutzung von Strom und Wärme eine doppelt so hohe Ausbeute der Energieressourcen möglich. Hier liegen damit bisher nicht ausreichend ausgeschöpfte Betätigungs- und Verdienstmöglichkeiten für die Energiewirtschaft. Die Investitionen für Fernwärmeversorgung sind dazu zu erhöhen.
- zu 3.: Bei der dezentralen Nutzung der Windenergie als erneuerbarer Ressource hat die Energiewirtschaft erheblichen Nachholbedarf, um zu einem zukunftsfähigen Energiemix beizutragen. Durch Investitionen in Energieeinsparung und die Nutzung regenerativer Ressourcen sind in den letzten Jahren rund 100.000 neue Arbeitsplätze, gerade in der mittelständischen Wirtschaft, entstanden. Der Vorrang erneuerbarer Energien wurde gerade vom BGH bestätigt (11.6.2003 AZ VIII ZR 160/02ff) und die besondere Verantwortung der Versorger für umweltschonende Stromerzeugung hervorgehoben.
- zu 4.: Die skizzierten Zusammenhänge erfordern eine Energiestrategie, die sich an den Prinzipien Energieeinsparung, Energieeffizienz und Steigerung des Anteils der erneuerbaren Ressourcen ausrichtet. Die eingesparte Menge an Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen ist jährlich zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Mit den Nachbarregierungen im Norden sind zudem Gespräche aufzunehmen, um zu einer einheitlichen Politik der Küstenländer bei der Einführung und dem Ausbau von erneuerbaren Energieträgern zu kommen. Dabei sollten die Fördermöglichkeiten im Rahmen des neuen EU-Programms „Intelligente Energie für Europa“ (2003 – 2006) ausgelotet werden.

Konrad Nabel
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion